

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wochens. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.80 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Die Richterscheine der Zeitung infolge des Gewalts od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Abfertigung der Zeitung / Postkch.-Konto Stuttgart 8768 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 41

Altensteig, Samstag den 18. Februar 1928

51. Jahrgang

Zur Lage.

Am Ende der Vorwoche hatte Reichspräsident von Hindenburg in seinem Briefe an den Reichstagspräsident die Mahnung ausgegeben, die Parteien möchten zuerst die dringenden Aufgaben des Reiches wie Verabschiedung des Reichshaushalts und Erledigung einiger Gesetzesvorlagen zu Ende bringen, ehe die Regierungskrise über das Schulgesetz zum Ausbruch komme. Dennoch hat sich am Dienstag dieser Woche das Schicksal des Reichsschulgesetzes entschieden. Es ist gescheitert an den weltanschaulichen Verschiedenheiten und an den parteifaktischen Erwägungen. Es war der 17. Versuch seit Verabschiedung der Weimarer Verfassung, um zu einem Reichsschulgesetz zu gelangen. Dennoch ist die Regierung nicht zurückgetreten, der Reichstag nicht aufgelöst. Das Programm des Reichspräsidenten soll noch erfüllt werden. Hindenburg selbst soll noch vor wenigen Tagen in vertraulichem Kreise über den Reichstag gesagt haben: „Die Brüder sind auf vier Jahre gewählt, sie sollen auch ruhig solange arbeiten!“ Wenn man in das deutsche Volk hineinhorchen könnte, so würde dieser Ausspruch überall verständnisvolle Zustimmung finden. Aber die Politik der Parteien geht ja andere Wege, sie wird ja nicht vom Volke, sondern von den Volksvertretern und innerhalb dieser wieder von den Führern, den prominenten Parteigewaltigen, gemacht. Wenn es nun dieser Tage gelingt, zwischen der gesprengten Koalition der Regierungsparteien (Zentrum, Volkspartei und Deutschnationale) und den wichtigsten Oppositionsparteien (Sozialdemokraten und Demokraten) eine Einigung über das Notprogramm, das man auch Hindenburg-Programm bezeichnet, herzustellen, so fällt damit auch die Entscheidung über das Schicksal des Reichstages und den Tag der Neuwahlen.

Die große Lohnbewegung und die sozialen Kämpfe, die schon früher für das kommende Frühjahr angekündigt waren, haben nun ihre Vorbereitungen abgeschlossen. Der Streik in der mitteldeutschen Metallindustrie hat grundsätzliche Bedeutung. Es sollte eine Lohnerhöhung durchgedrückt werden, die von der Industrie als untragbar erklärt wird, und damit ein Vorgang geschaffen sein für die auf zahlreichen Arbeitsgebieten zu erwartenden Lohnverhandlungen. Somit ist es zu verstehen, daß die Metallindustriellen diesen Kampf auszuweichen gewillt sind und die Kündigung der ganzen deutschen Arbeiterschaft in der Metallindustrie für 22. Februar angeordnet haben. Die Arbeitgeber glauben die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch Lohn erhöhungen gefährdet. Es bleibt dringend zu wünschen, daß diese große Aussperrung durch Verhandlungen verhindert wird, es bleibt aber auch zu wünschen, daß die Kündigung so zahlreicher Tarife seitens der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen nicht zu Forderungen mißbraucht wird, die der deutschen Wirtschaft im ganzen einen Schlag versetzen, den sie heute nicht so leicht erwinden könnte. Andererseits aber muß dem sozialen Gedanken bei der Lohngestaltung Rechnung getragen werden. Es ist kein Zweifel, daß verschiedene Teile unserer Industrie aus der Konjunktur des letzten Jahres erheblichen Nutzen gezogen haben. Eine allzu schematische Lohngestaltung läßt sich da nicht mehr verantworten. Der deutsche Süden ist in den letzten Jahren von Lohnbewegungen großen Stils verschont gewesen, was beweist, daß auf Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer soziales und wirtschaftliches Verständnis überwiegt. Hoffen wir, daß es immer so bleibe!

Die Fülle der sozialen Probleme, es sei nur an die Arbeitslosen- und die Wohnungsfrage erinnert, stand in dieser Woche im Reichstag mit der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums auf der Tagesordnung. Man bekam jedoch den Eindruck, daß die Beratungen über diese ungeheuer wichtigen Fragen unter der hereingebrochenen Koalitions- und Regierungskrise nicht stattfinden. Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz dürfte in nicht allzu ferner Zeit eine Anwendung erfahren, die aus der Anwendung des Gesetzes auf ländliche Verhältnisse abzuleiten ist. Die Wohnungsfrage wird nicht durch das Reichsmieten- und das Mieterbeschutzgesetz, das der Reichstag unwesentlich abgeändert hat, einer befriedigenden Lösung zugeführt, sondern durch ein großes Programm der Wohnungsbeschaffung, mit welchem Hand in Hand der Abbau der Wohnungswirtschaft gehen sollte. Es muß auf diesem Gebiete einmal wieder die alte Freiheit und die Freigabe kommen. Das kann nur eintreten, wenn der Wohnungsnot unserer Städte ein Ende gemacht wird.

Eine Rede Poincarés in Strassburg am vergangenen Sonntag hat gezeigt, daß Elsaß-Lothringen unter seiner Herrschaft liegt. Poincarés Fähigkeit darf nicht unterschätzt wer-

den, aber er bleibt der unwahre Agitator, wenn er immer wieder behauptet, Deutschland sei schuld am Weltkrieg und das Elsaß sei vor 1870 französisches Land gewesen. Auch die Beschuldigung, daß die elsaßischen Autonomisten durch deutsches Geld unterstützt würden, ist eine der agitatorischen Lügen, deren sich Poincaré so gerne bedient. In den Tagen, wo Hilben und Drilben überm Rhein das Wahlfieber verbreiten, greift man gerne zu den alten Mitteln der Kriegspropaganda. Die Aufführung des Heffilms *My Cavell* in Belgien ist dafür ein Beispiel. Daß man in Paris daraus Nutzen schlägt, ist selbstverständlich, während es in Deutschland noch niemand eingesehen ist, die nationalen Instinkte damit aufzurühren, daß die Franzosen sechs Frauen, darunter drei deutsche, und die Belgier eine Frau wegen Spionage während des Weltkrieges hingerichtet haben.

Ende der nächsten Woche wird der König Aman Shah von Afghanistan, der durch seine Europareise bekannt geworden ist, nach Berlin kommen und eine Art Staatsbesuch machen. Das Interesse der Öffentlichkeit ist mehr auf die Königin Surja gerichtet, die als besondere Schönheit gilt. Augenblicklich macht das Königspaar von Afghanistan in Bern Besuch und will von Berlin aus auch noch nach London fahren. Diese letzte Station dürfte die wichtigste sein, denn Afghanistan liegt zwischen dem britischen Reich und Rußland. Der Kampf beider Mächte um den Einfluß in diesem Land dauert schon Jahrzehnte. Neuerdings wird von Kriegsvorbereitungen Englands an der Grenze von Afghanistan berichtet und zwar in den Zeitungen des unstrittigen Landes. Für Deutschland hat dieser Königsbesuch höchstens wirtschaftliche Bedeutung.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel war in Prag, zunächst zu einer Vortragsreise. Aber es scheint, daß auch politische Absichten dahinter standen, worauf die Beisprechungen mit Beneß und dem Staatspräsidenten Masaryk hindeuten. Da von Prag aus die Intrigen gehen, Wien zum Sitz des Wälderbundes zu machen, darf man den politischen Vorgängen des Ostens eine gewisse Bedeutung nicht versagen.

In der „Bayerischen Staatszeitung“ wird vorgeschlagen, Berlin als Reichshauptstadt abzusehen und Frankfurt a. M. oder Weimar hierzu zu krönen. Das dürfte ein Gebanbe vom grünen Tisch aus sein, der nie Wirklichkeit wird, denn Berlin ist die Zentrale des Reiches nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung.

Die Lage immer noch ungeklärt Entscheidung am Samstag

Die Beratungen über das Arbeitsprogramm

Berlin, 17. Febr. Das Reichskabinett setzte heute vormittag seine Beratungen über das geplante Arbeitsprogramm fort und brachte insbesondere die Erörterung der zur Vinderung der landwirtschaftlichen Not erforderlichen Maßnahmen zum Abschluß. Die Beratungen des Kabinetts dauern an.

Die sozialdemokratischen Forderungen

Berlin, 17. Febr. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in einer Sitzung damit einverstanden erklärt, daß das Etat und der Nachtragsetat unter Kontinenzierung der Debatten bis spätestens Ende März erledigt wird. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß diese Zustimmung zum Arbeitsprogramm der Regierung noch keine Zustimmung zum Etat bedeute. Die Fraktion könne ihre Änderungsanträge beantworten, denn die beim Wehretat und anderen Positionen beantragten Streichungen gehen weit über die Erhöhungsanträge hinaus. Der Kleinrentnerunterstützung will die Fraktion zustimmen mit der Maßgabe, daß gleichzeitig auch die Besätze der Sozialrentner aufgebessert werden. Die Fraktion erklärt sich grundsätzlich bereit, die Verabschiedung des Gesetzes zugunsten der Liquidationsneuschulden zu fördern. Sie ist auch bereit, einem Ueberleitungsantrag für die Strafrechtsreform zuzustimmen, spricht aber die Erwartung aus, daß die bisherigen Regierungsparteien keine Anträge auf Erhöhung der Staatspositionen und beim Nachtragsetat für die Landwirtschaft stellen werden. Schließlich erklärte die Fraktion, daß sie die erwähnten Berufstellungen nur aufrecht erhalten will, wenn die Auflösung des Reichstages so erfolgt, daß die Neuwahlen spätestens am 18. Mai vorgenommen werden.

Die Besprechungen über das Arbeitsnotprogramm

Berlin, 17. Febr. Die interfraktionellen Besprechungen der bisherigen Regierungsparteien mit der Regierung, die sich an die Sitzung der Fraktionen angeschlossen, war um Mitternacht beendet. Es fand, wie das Nachrichtenbüro des B. d. Z. hört, eine allgemeine Aussprache über das Arbeitsnotprogramm statt. Ferner nahm man Kenntnis von der vorläufigen Stellungnahme der früheren Oppositionsparteien.

Das Ergebnis ist, daß die Regierung am Samstag früh die Verhandlungen mit den früheren Oppositionsparteien zum Abschluß bringen will, weil davon auch die Entschließung der bisherigen Regierungsparteien entscheidend beeinflusst wird.

Berlin, 17. Februar. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist am Schluß der interfraktionellen Besprechungen der ehemaligen Regierungsparteien mit den Ministern vereinbart worden, daß Vizekanzler Hergt Samstag vormittag noch einmal mit den Sozialdemokraten und Demokraten Fühlung nimmt, um endgültig die Haltung dieser Parteien festzustellen. Aus Kreisen der Regierungsparteien hört das Nachrichtenbüro des B. d. Z.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die morgigen Vormittagsverhandlungen, die bereits sehr früh beginnen, sehr schnell vonstatten gehen, so daß die Situation bis zum Zusammentritt des Reichstages um 13 Uhr bereits hinreichend geklärt ist.

Die nach der interfraktionellen Sitzung noch stattgehabten Fraktionsitzungen der einzelnen Parteien ergaben keine wesentlichen Resultate mehr, da die ganzen Verhandlungen erst morgen früh weiter geführt werden.

Berlin, 18. Februar. Wie im Reichstag verlautet, wird das Kabinett morgen, Samstag 10 Uhr, zusammentreten, um die weitere Entwicklung zu besprechen, nachdem Vizekanzler Hergt vorher noch einmal mit den Führern der demokratischen Fraktion Rücksprache genommen haben wird, um eine endgültige Klärung darüber herbeizuführen, ob die Demokraten an ihrer Forderung auf Durchführung des Kleinrentnerversorgungsgesetzes festhalten. In der allgemeinen Besprechung, die am Freitag abend zwischen Minister Hergt und den Demokraten stattfand, hatten diese erklärt, daß das ganze Arbeitsprogramm für sie erledigt sei, wenn die Regierungsparteien auf ihrem Standpunkt beharrten, daß das Kleinrentnerversorgungsgesetz nicht mehr in das Programm mit aufgenommen werden könnte. Minister Hergt wird Herrn Koch nun die Frage vorlegen, ob seine Partei die Verantwortung für das Scheitern des Arbeitsprogramms übernehmen wolle. Auch sonst bestehen noch mancherlei Schwierigkeiten, so daß die Situation im Reichstag sehr pessimistisch angesehen wird.

Neues vom Tage

Denkschrift über Splitterparteien

Berlin, 17. Febr. Dem Reichstag ist die angekündigte Denkschrift über „Wahlrecht und Splitterparteien“ zugegangen. Kauttionen werden danach für neue Parteien gebordert: In Mecklenburg 3000 Mark, in Hessen 5000 Mark, in Westfalen-Streik 2000 Mark und in Sachsen 3000 Mark. In allen Ländern besteht der amtliche Einheitsstimmzettel, dessen Kosten fast überall das Land selbst trägt, nur in Lippe müssen die Parteien zur Herstellung 40 Mark beitragen, in Hessen 200 Mark, wogegen in Württemberg die Hälfte der Unkosten von den Parteien getragen wird. Im Reich werden 500 Unterschriften für jeden Wahllokalabsatz gefordert; in den Ländern schwanken die Ziffern dagegen sehr erheblich. Hessen fordert 7000, Mecklenburg-Schwerin 3000, Thüringen 2000, Braunschweig 1000, dagegen sind in Preußen, Sachsen und Württemberg nur 500 Unterschriften erforderlich, in Mecklenburg-Streik 150, in Anhalt 50, in Schaumburg-Lippe, Lübeck und Hamburg je 30, in Bremen 25, in Bayern und Oldenburg 20 und in Württemberg 10 Unterschriften.

Französisch-belgischer Handelsvertrag

Paris, 17. Febr. Wie der Berichterstatter des „Matin“ in Brüssel meldet, sollen die französisch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen so weit gediehen sein, daß mit dem Abschluß eines Handelsvertrages gerechnet werden könnte. Der belgische Botschafter in Paris habe die Ermächtigung erhalten, am Samstag im Namen Belgiens ein Protokoll zu unterzeichnen. Der neue Vertrag soll aber nur einstweilen auf ein Jahr gelten.

Von der Konferenz in Havanna

Havanna, 17. Febr. Der argentinische Vertreter auf der Konferenz der panamerikanischen Union, Buerredon, hat sein Amt, wie schon gerüchweise verlautete, als Vorsitzender der argentinischen Delegation und als Botschafter in Washington niedergelegt. Sein Rücktritt beruht auf Meinungsverschiedenheiten mit seiner Regierung in der Frage der Aufhebung der Handelsbeschränkungen im Verkehr der amerikanischen Staaten untereinander.



Entzweigbrochener Dampfer

Ymuiden, 17. Febr. Der auf der Fahrt nach Hamburg befindliche 3040 Tonnen große englische Dampfer „Shonga“ ist heute vormittag zwischen Ymuiden und Vyl an Jee in Sturm geraten und brach infolge des starken Wellenganges mitten durch. Das Borsschiff wurde etwa 400 Meter vom Hinterisland abgetrieben. Die Lage der Besatzung, die sich vermutlich auf dem Borsschiff befindet, ist sehr gefährlich.

Deutscher Reichstag

Berlin, 17. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte am Freitag Abg. Lorger (Komm.) den kommunalistischen Währungsantrag gegen die Reichsregierung sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Da aus dem Hause Widerspruch erhoben wird, kann dem Antrag nicht stattgegeben werden.

Das Haus legt dann die zweite Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums fort. Präsident Lohde teilt mit, daß er die Absicht habe, die Beratungen heute zu Ende zu führen und ebenso alle damit zusammenhängenden Abstimmungen zu erledigen. Das Zusammenbleiben des Reichstages werde in auch aus anderen Gründen notwendig sein und er bitte die Abgeordneten, sich darauf einzurichten.

In der weiteren Besprechung des Abschnitts „Siedlungswesen“ erklärt Abg. Künnebeck (Dem.), die Notwendigkeit der Siedlung werde von weiten Volksteilen immer stärker anerkannt. Die erzielten Erfolge seien nicht zuletzt auf die Demokraten zurückzuführen. Der Redner fordert die Aufnahme einer Auslandsanleihe für Siedlungswesen und Schaffung eines Dauerkreditinstituts.

Abg. Steiner (Dem.) tritt für das Recht der Krebsgeschädigten auf Heilbehandlung ein.

Damit schließt die Einzelaussprache. Präsident Lohde macht darauf aufmerksam, daß der Reichstag nicht, wie beabsichtigt, heute eine Pause eintreten lassen werde, sondern daß auch mit der Möglichkeit einer Sitzung am Samstag gerechnet werden müsse. In diesem Zweck werde der Präsident heute noch zusammenzutreten.

Der kommunalistische Währungsantrag gegen den Reichsarbeitsminister wird gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag auf Bewilligung von 5 Millionen zur Zinsverbilligung bei Baudarlehen für Landarbeitersteller wird in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 164 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Viele Anträge und Entschlüsse werden dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Der Etat des Reichsarbeitsministeriums wird im wesentlichen nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses angenommen.

Ein deutschnationaler Antrag, der in der Novelle zum Betriebsratsgesetz den Einfluß der Gewerkschaften vermindern will, wird in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 129 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt.

Die Novellen, die nur Bestimmungen über die Betriebsratswahlen enthält, wird in der Fassung des sozialpolitischen Ausschusses angenommen.

Der Gesetzentwurf, der die Lohn- und Gehaltsfindungsanstalt auf 196 A. wöchentlich 45 K und täglich 7.50 K erhöht, wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Angenommen wird auch die Ausschüttungsbefugnis auf Förderung der Bäder- und Kurorte im besetzten Gebiet.

Weiter wird der vom Ausschuss eingebrachte Gesetzentwurf angenommen, wonach 10 Millionen zur Gewährung von Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbaue ausgeworfen werden sollen.

Damit ist der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums erledigt.

Präsident Lohde weist um 16 Uhr darauf hin, daß vor der Festsetzung der nächsten Sitzung noch Verhandlungen mit der Regierung notwendig seien. Er richtet an das Haus die Frage, ob bis dahin noch über den nächsten Etat beraten oder ob die Sitzung bis um 18 Uhr unterbrochen werden soll. Als sich die Mehrheit für Unterbrechung der Sitzung entscheidet, meint der Präsident: Ich nehme an, daß das nicht aus Hoffnungslosigkeit geschehen ist. (Gelächter.)

Die neue Sitzung

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 18 Uhr wieder und schließt sofort die nächste Sitzung des Reichstages am Samstag 13 Uhr mit der Tagesordnung: Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter abzuhalten. Der Präsident legt hinzu: Für den Fall, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien über die Erledigung eines Notprogramms bis zum 31. März d. J. zu keinem Ende führen, würde ich dem Hause morgen vorschlagen, diese Tagesordnung dahin zu ändern, daß wir die erste, zweite und dritte Beratung eines Notetatgesetzes auf die Tagesordnung setzen, um dann die Auflösung des Reichstages nach Erledigung dieses Gesetzes möglich zu machen.

Abg. Lorger (Komm.) erklärt, die Auflösung des Reichstages sei also durchaus noch nicht gesichert.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) fragt, ob unter der Voraussetzung, daß morgen der Notetat beraten wird, auch das Ueberleitungs-gesetz für die Strafrechtsreform behandelt werden könne.

Präsident Lohde erwidert, ein solches Ueberleitungs-gesetz liege noch nicht vor. Wenn es rechtzeitig eingebracht werde, dann werde er es zur Beschlusfassung dem Reichstag unterbreiten. Es sei in diesem Falle aber auch notwendig, daß das Haus auf alle Geschäftsordnungsmäßigen Einwände verzichtet.

Abg. von Graefe (Völk.) stimmt dem unter der Voraussetzung zu, daß auch ein Notgesetz gleichzeitig erledigt werde, das der Landwirtschaft für die Zahlung von Wechselkursen usw. ein Wortorium einräume.

Präsident Lohde weist darauf hin, daß dann die eventuelle Auflösung des Reichstages erst am Montag erfolgen könnte. Unter Umständen müßte die dritte Lesung des Notetats am Sonntag erfolgen.

Abg. Damm (D. Vp.) fordert, daß auch ein Notgesetz für die Liquidationsgeschädigten noch erledigt werde.

Präsident Lohde: Ich habe den Eindruck, wenn wir über den Notetat hinaus noch weitere Gesetze erledigen wollen, dann wird der morgige Tag nicht ausreichen.

Der Antrag, den kommunalistischen Währungsantrag auf die Tagesordnung zu setzen, wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Völkischen abgelehnt.

Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Aus Stadt und Land.

Allensteig, den 18. Februar 1923.

Kirchliches. Während der vergangenen Woche sprach überaus pafend und ernst Herr Evangelist G. Fischer aus Zweibrücken in der Methodistenskapelle. Der Besuch war von Anfang an ein recht guter und wurde von Abend zu Abend besser. Der Lichtbilder-Gesangsgottesdienst letzten Sonntag abend war eine passende und zu Herzen gehende Einleitung. Herr Evangelist Fischer wird noch Samstag und Sonntag abend hier am Wort dienen. Möge viel Segen daraus ersprießen.

Tagung für Landesplanung. Der Heimstättenauschuß sämtlicher Spihengewerkschaften der Beamten, Angestellten und Arbeiter in Württemberg und der Württ. Landesverband für Volksheimstätten und Bodenreform veranstaltet am 29. Februar im Bürgermuseum in Stuttgart eine Tagung für Landesplanung. Regierungsbauingenieur Langen vom Deutschen Archiv für Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen in Berlin wird sprechen über „Planmäßige Aufteilung einheitlicher Wirtschaftsgebiete für Industrie- und Wohnsiedlung“. An der Aussprache werden sich führende Persönlichkeiten aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben beteiligen.

Aus dem Oberamt Calw

Calw, 17. Februar. In der letzter Tage stattgefundenen Hauptversammlung des Veteranen- und Militärovereins kam als wichtigster Punkt der Tagesordnung, die Erstellung einer eigenen Schießbahn im Tälesbach zur Verhandlung. Der Vorsitzende, Apotheker Reichmann, referierte in großen Zügen über die Notwendigkeit der Erstellung einer eigenen Schießanlage, sowie über die Deckungsfrage der Baukosten und glaubte durch Ausgabe von Anteilscheinen an die Mitglieder die nötige Deckung zu finden. Legterer Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Noch am gleichen Abend wurde eine ansehnliche Summe für die Schießbahn gezeichnet.

Calw, 17. Februar. Der Gemeinderat Hirsau hat einen Antrag auf Ermäßigung des Gaspreises gestellt. Die Gemeinde Hirsau wird seit dem Jahre 1913 von hier mit Gas versorgt. Der Preisunterschied des Gases hier und in Hirsau beträgt 4 Pfg. in Calw bezahlt man 21, in Hirsau 25 Pfg. für den ehm. In dem Vertrag ist eine Revision der Preise immer noch fünf Jahren vorgesehen. Die Gasabnahme in Hirsau ist von Jahr zu Jahr gestiegen und beträgt jetzt 50 000 ehm im Jahr. Die Stadt sieht dem Gas in Hirsau wohlwollend entgegen, hält aber ein gewisses Verhältnis in den Preisen von Calw und Hirsau für notwendig und kommt bei der Bedingung des Aufbaus der eigenen Schießbahn zu der Ansicht, daß ein Nachlaß von 2 Pfg. für den ehm das Richtige sei. Der Gemeinderat beschließt deshalb, den Gaspreis in Hirsau bei einem Verbrauch bis zu 100 ehm auf 23 Pfg. und bei einem größeren Verbrauch gestaffelt zu einem billigeren Preis festzusetzen. — Zur durchgehenden Zählerprüfung beim Elektrischen Werk sind verschiedene Fehler eingekollt worden. Da es sich um 1200 Zähler handelt und die Ausgaben höher sind, als angenommen wurde, auch der finanzielle Erfolg für das Werk nicht sehr bedeutend ist, beschließt der Gemeinderat, die Revision auf mehrere Jahre zu verteilen und in diesem Jahr nur ein Drittel der Zähler durchprüfen zu lassen. — Bei den Gesuchen um Anbringung von weiteren Straßenlampen zeigte sich der Gemeinderat sehr bewilligungsfreudig, obgleich die Straßenbeleuchtung besser als in der Vorkriegszeit ist und gegenwärtig monatlich 620 Mark kostet. Aber durch die Ausdehnung der Stadt und der Anlage von neuen Straßen hat sich das Bedürfnis nach weiterer Beleuchtung herausgestellt. Für Anschaffung neuer Lampen wurden 1800 Mark bewilligt, trotzdem einige Lampen nicht absolut dringend waren. Jedenfalls läßt sich die Straßenbeleuchtung nicht mehr zu wünschen übrig. — Für die kaufmännische Abteilung der Gewerkschaft hat sich das Bedürfnis nach weiteren Schreibmaschinen herausgestellt. Es wird deshalb die Anschaffung von zwei Schreibmaschinen deutscher Fabrikats, Arania und Mercedes, beschlossen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Verwaltungen der Stadt aufgefordert, am Plage zu kaufen und von auswärts nur Spezialartikel zu erwerben. — Von der Oberamtsparke hat die Stadt ein kurzfristiges Darlehen von 40 000 Mark zu 9 1/2 Prozent erhalten; von der Girozentrale erhält sie 50 000 Mark zu 8 Prozent, aber nur mit einer Ausbezahlung von 50 Prozent. — Die Umbenennung der Straßen kommt nicht zur Ruhe. Dem Gemeinderat gingen verschiedene Gesuche um Umbenennung zu. Die Inhaberin der Gastwirtschaft in der Inselgasse und wollen eine Inzeltstraße. Dieses Gesuch wurde abgelehnt, dagegen hat der Gemeinderat seine Beschlüsse über die Hermann- und Kapellenbergstraße wieder umgekehrt. Die Hermannstraße führt nun den Namen Hermann Haffner-Straße und die Kapellenbergstraße den Namen Eduard Conz-Straße. Damit ist den beiden letzten Stadtschultheißen Haffner und Conz die wohlverdiente Ehre zuteil geworden.

Aus dem Oberamt Freudenstadt

Freudenstadt, 17. Februar. Wegen des Hochwassers mußte auch im Christophstal die Feuerwehr Hilfe bringen. Der Forderbach war bei Franz über seine Ufer getreten und überschwebte den Weg, so daß die Schulkinder nicht rechtzeitig in die Schule kommen konnten. Durch das selbstlose, unermüdete Arbeiten der Feuerwehr, die vom Kommandanten bis zum Feuerwehrmann stundenlang im Inzietiefen Wasser stand, gelang es, durch Aufrichten von Dämmen und Legen von Böhlen das Wasser wieder abzuleiten und den Straßenverkehr wieder herzustellen. Seit den 80er Jahren ist im Christophstal kein solches Hochwasser beobachtet worden.

Freudenstadt, 17. Februar. Der Gemeinderat hat nach zweistündiger nichtöffentlicher Beratung in seiner gestrigen Sitzung mit 18 gegen 1 Stimme beschlossen, die Lieferung des Gasbehälters der Firma Franke-Bremen zu übertragen. Bis spätestens 1. Juli d. J. soll der neue Gasbehälter in Betrieb sein. — Anschließend daran beschäftigte sich der Gemeinderat mit einem Gesuch der Teilnehmer an der am 14. Februar im Rathaus Hof stattgefundenen Elternversammlung betreffend die Aufhebung des 8. Schuljahres. Stadtschultheiß Dr. Blauder und der Gemeinderat verhielten sich diesem Gesuch gegenüber durchaus ablehnend, es bleibt also bei dem 8. Schuljahr. — Hieraus gelangte der Antrag des Ortschulrats auf Schaffung neuer Schulpfellen zur Beratung. Das im Frühjahr zur Einführung gelangende achte Schuljahr macht zwei weitere Lehr-

stellen notwendig, da das 8. Schuljahr 101 Schüler (56 Knaben und 45 Mädchen) umfaßt. Ferner benötigt die Grundschule zwei weitere Stellen, da im kommenden Schuljahr etwa 160 Kinder ins erste Schuljahr eintreten, für die nur zwei Lehrer zur Verfügung stehen. Vom Jahre 1923 ab fällt die Schülerzahl auf 110 bzw. 108 und 106, um in den Jahren 1932 und 1933 wieder auf etwa 120 anzusteigen. Vom Jahre 1923 an würden drei Lehrer fürs erste Schuljahr genügen, im fünften Schuljahr kämen aber dann auf zwei Lehrkräfte 177 Schüler. Dann könnte das erste Schuljahr eine Lehrkraft an das vierte Schuljahr abgeben, es kämen dann immer noch 59 Schüler auf eine Lehrkraft. Die Kosten betragen laufend für zwei ständige Stellen zusammen 4100 Mark jährlich, für zwei unfähige Stellen zusammen 2592 Mark, insgesamt laufend 6692 Mark. Dazu kommen einmalige Ausgaben für Einrichtung für Klassenzimmer etwa 2535 Mark. Nach langer Beratung wurden die vom Ortschulrat beantragten vier weiteren Lehrstellen einstimmig genehmigt.

Glatten, 16. Februar. Die goldene Hochzeit konnten am 14. Februar feiern Joh. Georg Koch, Zimmermann und Katharine geb. Fahrner. Die kirchliche Feier findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 1 Uhr statt.

Aus dem Lande

Horb, 17. Februar. Der Eintritt warmer Witterung, die Schneeschmelze und der andauernde Regen haben Ueberschwemmungen herbeigeführt. Der Redar führt reichendes Hochwasser.

Gündringen, 16. Februar. (Jagdverpachtung.) Die hiesige Gemeindejagd wurde auf drei weitere Jahre verpachtet. Dieselbe erhielt Herr Eugen Bollinger, Oberkellner in Stuttgart, gebürtig von Gündringen, um 355 Mark pro Jahr. Die vorjährige Pachtsumme betrug 281 Mark. Pächter war Graf v. Uffhausen-Gollenband auf Hof Dürrenhardt.

Kottenburg, 15. Februar. Das sog. „Klösterle“ in der Hagendorfer Straße ging durch Verkauf in den Besitz der evangelischen Kirchengemeinde über. Der Kaufpreis beträgt 48 000 Mark. Bisherige Besitzerin war die Witwe des Seifenfabrikanten Kaspar Raible. Schon seit längerer Zeit befindet sich in dem Hause der evang. Gemeinde.

Stuttgart, 17. Febr. (Minderung der württ. Gerichtskostenordnung.) Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes über Minderung der württ. Gerichtskostenordnung festgestellt. Der Entwurf will nach dem Vorzuge des Reiches im Gesetz über die Gerichtskosten und die Gebühren der Rechtsanwälte vom 28. Januar 1922 die Schreibgebühren von 20 auf 30 Reichspfennig für die Seite erhöhen und das Staatsministerium ermächtigen, die Höhe der Schreibgebühren in der württ. Gerichtskostenordnung künftig jeweils dem Maße der Schreibgebühren im Deutschen Reichsgesetz anzupassen.

Titeländerungen in Württemberg. Mit dem Inkrafttreten der württembergischen Besoldungsordnung wird der Titel Amtmann für sämtliche akademische Beamte fallen gelassen. So heißen die Oberamtmänner künftig Landräte, die Amtmänner Regierungsräte, die Bergamtmänner Bergräte und die Gewerbeamtmänner Gewerberäte. Die Landwirtschaftsinspektoren bekommen den Titel Veterinärärzte. Die Oberamtsärzte heißen künftig Veterinärärzte und die Oberamtsärzte Redigialärzte.

Zum Lohnkampf in der Metallindustrie. Eine Funktionärversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Stuttgart, nahm eine Entschliesung an, in der der Absperrungsbeschluss der Metallindustriellen mit der Aufforderung aller Metallarbeiter des Verwaltungsbereiches beantwortet wird, die über den Tarif hinausgehende Ueberzeitarbeit sofort einzustellen. Dem im Kampfe stehenden mitteldeutschen Metallarbeitern wurden 3000 Mark überwiesen. Von der drohenden Absperrung der Metallarbeiter in Württemberg werden 78 000 Mann betroffen.

Todesfall. Oberst a. D. Richard von Halbenwang, der bis zum Kriegsende Abteilungschef im württ. Kriegsministerium war, ist hier nach langem Krankenlager im Alter von 59 Jahren gestorben.

Ein neuer Landeskommandant. Generalmajor von Greiff, Kommandeur des Infanterie-Regiments 13 und Landeskommandant von Württemberg seit September 1922, ist mit Wirkung vom 1. März zum Inspektor der Waffenschulen ernannt worden. Das bedingt einen Wechsel in der Landeskommandantur. Sein Nachfolger ist Oberst Schmidt, seither im Stabe des Infanterie-Regiments 13.

Salach, O.A. Göppingen, 17. Febr. (Vom Zug getötet.) Der Eisenbahnarbeiter Maier von Renningen O.A. Geislingen wurde gestern mittag, als er mit Ausbesserungsarbeiten am Bahndamm beschäftigt war, zwischen hier und Geislingen von der Lokomotive eines Schnellzuges erfasst und auf die Seite geschleudert. Er erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß der Tod augenblicklich eintrat.

Saaldorf, 17. Febr. (Nicht bestätigt.) Obersekretär Büttel beim Amtsgericht Stuttgart 1, der am 3. Dezember vorigen Jahres mit 517 Stimmen als Stadtvorstand gewählt wurde, ist von der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung nicht bestätigt worden.

Friedrichshafen, 17. Febr. (Ein neuer Bodenseedampfer.) Oesterreich baut in Brezeng ein neues Bodenseeschiff und zwar ein Doppelschraubendieselmotorship, das bereits in diesem Sommer seine Fahrten beginnen soll. Der Dampfer erhält nur eine Klasse und wird 500 Personen fassen. Es erhält außer einem Speisesaal auch ein Casino-restaurant, eine Tanzpiste, einen Rauch- und Damensalon, sowie Radioeinrichtung. Das Schiff wird sich auch äußerlich von den anderen Dampfern unterscheiden; es erhält kein Oberdeck und wird mehr einem Seedampfer mit überdachten Wandelhallen gleichen.

Biberach, 17. Febr. (Brand.) Gestern abend brach bei Landwirt Sproll in Oberndorf, O.A. Biberach, Feuer aus, dem das Wohn- und Dekonomiegebäude größtenteils zum Opfer fielen. Es konnte nur wenig gerettet werden. Die Biberacher Rotorspritze war zur Hilfeleistung herbeigerufen worden.



Mauhausen, Oßlingen, 17. Febr. (Kindstötung.) Eine noch nicht 19 Jahre alte Bürgerstochter hat es unter Mithilfe ihrer Mutter verstanden, ihre uneheliche Schwangerschaft sogar dem eigenen Vater zu verheimlichen. Die Geburt erfolgte in Gegenwart der Mutter, während der Vater sich im Wohnzimmer aufhielt und nichts hiervon merkte, in der letzten Woche des Monats Januar. Als das Kind nach der Geburt Lebenszeichen geben wollte, wurde es erdrückt und so für immer zum Schweigen gebracht. Die Mutter nahm das tote Kind, trug es in den Keller und hat es dort in die Erde eingegraben. Nach Verlust von drei Tagen war die Kindsmutter wieder arbeitsfähig und nach einigen weiteren Tagen sah man sie schon wieder auf dem Tanzboden. Nun ist Untersuchung eingeleitet.

Heilbronn, 17. Febr. (Aus der Fremdenlegion zurückgekehrt.) Dieser Tage ist ein junger Mann von hier aus der Fremdenlegion zurückgekehrt. Die Arbeitslosigkeit trieb ihn vor sechs Jahren zu dem Schritt, in die Legion einzutreten. Nachdem nun die Dienstzeit abgelaufen war, kam er wieder zu seinen sich freuenden Angehörigen.

Langenbrand, Oß. Neuenbürg, 17. Febr. (Diamantene Hochzeit.) Am kommenden Sonntag feiert hier das Ehepaar Jakob Kessler das letzte Fest der diamantenen Hochzeit. Der Jubilar ist 87 Jahre alt, die Jubilarin 83 Jahre.

Marbach a. N., 17. Febr. (Neuer Oberamtspleger.) Bei der Amtsoberamtsversammlung wurde mit 21 von 30 Stimmen Schultheiß Harter von Affalterbach zum Oberamtspleger gewählt. An seine Stelle tritt als ordentliches Mitglied der Verwaltungskommission der Oberamtsparlathe Schultheiß Seybold-Kleinaspach und als stellvertretendes Mitglied des Bezirksrats Stadtschultheiß Scholl-Großbottwar.

Für die Invalidentrentner

Kürzlich fand in Heilbronn die Konferenz der Invalidentrentner und Witwen Württembergs statt, an der zahlreiche Delegierten aus allen Teilen des Landes teilnahmen. Außer dem waren Vertreter der verschiedenen Behörden anwesend. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage zur Zeitung veröffentlicht. Der Vorsitzende, Schultheiß Harter, gab den Geschäftsbericht. Ihm ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im abgelaufenen Geschäftsjahre nahezu um 100 Prozent zugenommen hat. Ausführlich wurde der Stand der Fürsorge in Württemberg behandelt. Die Sätze, die sich für eine Person auf 35-55 Mark und für eine Familie auf 55-85 Mark belaufen, können nicht als ausreichend angesehen werden. Hauptvorstand Matthes-Berlin berichtete über den gegenwärtigen Stand der Sozialversicherung in Deutschland. Er wies darauf hin, daß heute auf allen Gebieten nennenswerte Fortschritte angestrebt und erreicht werden. Die Invalidentrentner von heute seien zur Vorkriegszeit des notwendigen Lebensunterhalts viel zu nieder und absolut unzulänglich. Schon die letzte am 1. Juli 1927 in Kraft getretene Erhöhung der Invalidentrenten sei vollständig unzureichend gewesen infolge des Umstandes, daß nur die Steigerungssätze erhöht wurden. Es müsse daher eine allgemeine gleichzeitige Rentenerhöhung angestrebt und erkämpft werden. Es müßten neue Beitragssätze für höher entlohnte Arbeiter eingeführt werden, da es ja im Interesse dieser Arbeiter selbst liegt, späterhin ausreichende Renten zu erhalten. Ferner behandelte der Vortragende das Kleinrentnerverordnungsgebot und führte die Delegierten auf, daß dieses Gesetz wohl schon verabschiedet worden wäre, aber wegen der Konsequenzen, die sich in Bezug auf die Invalidentrenten ergäben, wieder zurückgestellt wurde. Es sei für den Zentralverband eine Selbstverständlichkeit, daß er mit allem Nachdruck dahin wirken wird, daß nicht nur für Kleinrentner, sondern auch für Invalidentrentner etwas Ausreichendes geschaffen werde. Zum Schluss wies der Referent noch auf Mängel in der Unfallversicherung hin. In der Aussprache äußerten die Delegierten ihre Wünsche und Beschlüsse.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Eine neue Parteigruppe. Die Reichstagsabgeordneten Döbrich, Dorjoh und Hünse haben sich im Reichstag zu einer selbstständigen Parteigruppe unter dem Namen „Christlich-nationale Bauernpartei“ zusammengeschlossen.

Die deutsche Delegation für die Sicherheitskonferenz. Die deutsche Delegation für die in der nächsten Woche in Genf beginnende Sicherheitskonferenz begab sich am Freitag nach Genf. Der Delegation gehören an: Staatssekretär Simson, Geheimrat v. Weizsäcker und Generalstaatsrat Fromme.

Erdbeben bei Berchtesgaden. Infolge anhaltender Regengüsse ging in nächster Nähe von Berchtesgaden ein größerer Erdbeben (1500 Kubikmeter) auf das Bahngleis nieder. Die Lokomotive eines ausfahrenden Personenzuges geriet in die Erdmassen und entgleiste mit sämtlichen Achsen. Reisende und Personal blieben unverletzt.

Im Riesengebirge abgestürzt. In der Kesselgrube im Riesengebirge wurde die Leiche eines Fräulein Ballmann aus Reichenberg geborgen, das am Sonntag bei einem Ausfluge mit ihrem Bedienten, dem Rechtsanwalt Hrcic, sich im Schneesturm verirrt hatte und abgestürzt war. Ihr Begleiter hatte sich retten können.

Eine ganze Familie ermordet. Wie aus Bielefeld gemeldet wird, ermordeten im nahegelegenen Sanybusch der Schlosser Baginski und seine beiden Söhne die ganze Familie Sojcki, Vater, Mutter, Sohn und Tochter und durchsuchten die Wohnung nach Geld. Ihre Beute betrug jedoch nur sieben Zlot.

Handel und Verkehr.

Wirtschaftliche Wochenübersicht

Werte. Trotz der innerpolitischen Spannung zeigte die Börse in vieler Hinsicht große Widerstandskraft. Das Geld hat zwar vorwiegend flüchtigt, aber die Kurse konnten sich durchwegs behaupten. Die Höchststände des Geldmarktes der letzten Woche sind in den verschiedenen Gebieten wieder erreicht. Die Spekulation vor dem Interzelle war vorwiegend auf Spezialwerte gerichtet. Preisobergrenze, Hardeffekten, Kfz. und Kfz. Wertpapiere lagen über dem Kurs. Auf die fortwährend günstigen Nachrichten aus internationalen Kautschukmärkten wandte sich auch den Monatsmärkten mehr Interesse zu. Auch die Anleihenmärkte lagen etwas freundlicher.

Warenmarkt. Am Geldmarkt machte sich der Reduktion in einer kürzeren Richtung bemerkbar. Im allgemeinen erweist die Geldmarktlage als überaus flüssig. Tagesgeld fluktuiert 5-6 Prozent. Monatsgeld 7-8 Prozent. Nach der zweimaligen Verdrückung des Privatdiskonts auf 6 Prozent ist kaum noch mehr projektierte Abnahme zum offiziellen Reichsbankdiskont hat die Vollendung auf eine baldige Diskontsenkung in Deutschland ernstlich. Demgegenüber ist aber darauf hinzuwirken, daß der Privatdiskont heute bei weitem nicht mehr wie früher als ausschlaggebendes Merkmal der Geldmarktlage angesehen werden kann.

Produktionsmarkt. Die deutschen Produktionsmärkte waren auf die ausstehenden ausländischen Notierungen im Grundton fest, doch verlor sich die Käuferkraft nur schwer zur Bewilligung höherer Preise. Das Geschäft war daher wenig belebt, zumal im Wechselmarkt keine Besserung zu verzeichnen ist. An der Stuttgarter Landesproduktionsmärkte blieben Getreide und Stroh mit 6,5 bzw. 4,4 Mark pro Doppelzentner unverändert. Bei der Berliner Produktionsmärkte notierten Weizen 229 (plus 2), Roggen 225 (plus 3), Sommergerste 272 (plus 3), Hafer 219 (plus 7) Mark je pro Tonne und Weizen 31 (plus 0,25) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Großhandelswarenpreise sind mit 128 gegenüber der Vormwoche mit 127,9 nahezu unverändert geblieben. Auf den Devisenmärkten haben sich die Wechselkurse fortgesetzt. Teilweise betragen die Wechselkursänderungen 20 Prozent. Der Währungsmarkt ist dagegen bei diesem Geschäft ruhig. Auch die Rohwarenbewertung der Industrie hat sich vermindert. Die Rohwarenmärkte liegen im allgemeinen ziemlich fest. Für Steinwaren haben Preisrückbildungen in Aussicht. Der Leinwandhandel klagt über nachlassende Umsätze. Auf den Feinwarenmärkten blieb die Lage unverändert.

Wägen

Berliner Börse vom 17. Febr. Nach einem noch recht freundlichen Spezialitätenverkehr machte sich abends zum Börsenbeginn eine schwache Tendenz bemerkbar. Der Verkehr der Börse wurde ed aber allgemein ruhiger, das Geschäft war bedrückte um 1 bis 2 Prozent ab, wobei man eine neue Verabbarung der Preisobergrenze (eine Abkündigung ist vor Abschluß nicht zu erwarten) als verunsicherndes Moment ansah. Plauderliche Aktienmarkt, Plaudernde Aktienmärkte und Anleihe unebenmäßig, aber eher nachgebend. Der Markt unruhig und nicht wesentlich verändert.

Wägen Markt- und Aktienmarkt. In Bremen vom 16. Febr. Börse 157-158, Wechselkurs 193, auch Nachfrage; Weizen mit 26 Prozent Wertebill, arznei Ware 25-30, Marktfrage unverändert; Kaffeebohnen 118-120, Marktfrage unverändert.

Wald. = Calw, 17. Februar. Bei dem ersten städtischen Brennholzverkauf wurden sehr hohe Preise erzielt. Der Anschlag betrug 2294 Mark, der Erlös 3597 Mark = 156 Prozent des Anschlags. Die Steigerung war sehr lebhaft. Es wurde dabei aber Klage geführt, daß die unheimlichen Steigerungen oft von solchen Leuten herkommen, die den Kaufpreis später nicht bezahlen können. Wie gesteigert wird, davon ein Beispiel: 1 Km. Tannenholz wurde von 16 Mark auf 33 Mark 50 Pf. hinaufgesteigert. Auch die Flächenlohe wurden bis zu 54 Mark das Los versteigert.

Lezte Nachrichten.

Freiin Anna von Malhan tödlich verunglückt. Berlin, 17. Februar. Die 77jährige in Berlin wohnhafte Freiin Anna von Malhan, eine Verwandte des verstorbenen Botschafters von Malhan, wurde heute abend beim Ueberfahren einer Straße von einem Kraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Mit einem Bruch des rechten Oberschenkels und einem Oberkieferbruch fand sie Aufnahme in einem Krankenhaus, wo sie kurz darauf verschied.

Abkündigung in der Münchener Metallindustrie. München-Gladbach, 17. Februar. Die dem Metallarbeiterverband für den Bezirk München-Gladbach angeführten Betriebe haben auf Grund der vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossenen Gesamtausperrung ihren sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum Samstag, den 3. März, gekündigt. Von dieser Maßnahme werden 10 000 Arbeiter betroffen.

Der neue Wahlzettel

Berlin, 18. Februar. Zwischen den großen Parteien des Reichstages und dem Reichsinnenministerium ist laut „Vossischer Zeitung“, vereinbart worden, das Wahlgesetz dahin zu ändern, daß auf den neuen Wahlzetteln nur die bisher im Reichstag vertretenen Parteien kommen, daß aber für diejenigen Wähler, die eine andere Partei wählen wollen, ein freier Raum mit Einzeichnungsfeld auf jedem Wahlzettel vorbehalten bleibt. Diese Wahlgesetzänderung kann, wie das Blatt bemerkt, natürlich nur noch zustandekommen, wenn der Reichstag noch fünf bis sechs Wochen zusammenbleibt und das Notprogramm erledigt.

Ausperrung der Metallarbeiter im Kölner und Aachener Bezirk

Köln, 18. Febr. Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie für Köln und Umgebung hat Arbeitern und Arbeiterinnen der ihm angeführten Betriebe zum 3. März gekündigt. Auch im Aachener Bezirk, ebenso im Dürener Bezirk werden die Metallarbeiter, ausgenommen in der Aachener Nagelindustrie, die dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller nicht angehört, zum 3. März ausgesperrt.

Konturze

Ludwig Dürr, Juwelier in Stuttgart.
Gottlieb Müller, Tapetiermeister in Rürtingen.
Karl des + Hermann Müller, Wägers in Königseggwald.

Wirtschaftliches Wetter für Sonntag

Der westliche Hochdruck kommt nur wenig zur Geltung, da die Depressionsstätigkeit noch mehr fort dauert. Für Sonntag ist immer noch unbeständiges, mehrfach bedecktes, auch zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Löw.

Unsere Zeitung bestellen!

Zur Schultheißenwahl Grömbach!

Wähler und Wählerinnen!

Laßt Euch durch den Wahlaufruf in Nr. 40 dieser Zeitung, sowie durch schön abgefakzte Flugblätter nicht irreführen. Mit großen Versprechungen ist Euch noch lange nicht geholfen, das Papier ist geduldig, das werdet Ihr alle wissen, deshalb wählt geschlossen

Adam Dieterle, Gemeinderat

der sich nicht nach jeder Windrichtung einstellen läßt. Auch wird die Gemeinde nicht in die Lage kommen 3 Schultheißen zu verhalten, da derselbe auf jede Pension verzichtet.

Viele Wähler.

Schreibmaschinen

liefert zu billigsten Preisen die

W. Rieker'sche Buch- und Schreibwarenhdlg. Altensteig.

Gefang-Bücher

empfehlen in sehr großer Auswahl die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Altensteig

Wir suchen auf 1. März ein solides, fleißiges

Mädchen

17-20 Jahre alt.

Adolf Häcker

Brot- und Feinbäckerei Pforzheim, DuLaucherstr. 37

Ehrliches, fleißiges

Mädchen

von 17 bis 20 Jahren für Küche und Haus zu vier Personen nach Stuttgart gesucht.

Angebote an

Otto Kappler, Esslinger Stadtdwarenhaus, Nagold.

Altensteig-Stadt.

Verkauf von Stangen und Schlagreißig

am Freitag, den 24. Februar 1928 nachmittags 5 Uhr im Rathaus

Aus III Langenberg, 4 Vorderer, 5 Mittlerer Langenberg;

201 Bauftangen, 152 Hopfenstangen

30 Rmtr. Schlagreißig in 4 Losen

Zahlfrist 15. 4. 28

Abfuhrfrist 1. 5. 28

Altensteig, den 15. Februar 1928

Städt. Forstamt.

Wart

Bergebung von Bauarbeiten

Zum Umbau des Wohnhauses von Johs. Großmann, Bandwirt, sind die

Grab-, Betonier-, Maurer-, Steinhauer- und Gipfer-Arbeiten, sowie die Eisenlieferung

im Submissionsweg zu vergeben.

Die Unterlagen liegen bei dem Bauherren zur Einsicht auf, woselbst auch die in Prozenten der Ueberchlagssumme ausgedruckten Offerten bis Dienstag, den 21. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr abgegeben werden können. Zuschlagsfrist 8 Tage.

Altensteig, den 17. Februar 1928

J. A.: Z e e b, Bautech.



W. Jorkami Altensteig. Rug- u. Brennholz- Verkauf

Am Dienstag, den 21. Februar 1928 nachmittags 1/2 3 Uhr in Wartim „Hirsch“ aus Staatswald Distr. II. Neubann Abt. 1. Mittl. Eich, 3 Mahdwiese, 4 Grandle, 5 Dreitannen, 8 Gauenwaldermisch, 9 Obere Eich, Rotbuchen Stammh. 2 Fm. IV. u. V. Kl., Abh. Stammh. 1 Fm IV. Kl.; Bauft. 6 l., 10 H., 2 H. Kl.; Beigholz: 47 Km. Bröl., 29 Km. Anbr.; 351 Km. Reifig auf Gausen, 451 Km. breitt. Reifig und 4 Bos Schlagraum.

Federnreinigung Mittwoch

Anmeldung der Anzahl der Bettstücke oder Gewichtsmengen zwecks Zeiteinteilung erbeten. Bettstücke, die wieder Verwendung finden sollen, sind mindestens 40 cm weit aufgetrennt zu bringen.

Reinhold Jayer, Altensteig

Altensteig

Ordentlicher,

Junge

findet gute Lehrstelle bei Aug. Jocher, Stbfer- und Malergeschäft

Für einen Haushalt in Altensteig wird ein geordnetes

Mädchen

gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Kirchliche Nachrichten. Ev. Gottesdienst

S. Estomihi, 19. Februar, Vormittags-Gottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über 1. Kor. 13, 1-13: „Die Liebe hört nimmer auf.“ Lied 15, 441.

Nachher Kindergottesdienst Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre mit den Schönen. Abends 1/2 8 Uhr Gemeinschaftsstunde.

Am Mittwoch, Weißkreuztag Elternversammlung nachm. 3 Uhr u. Männerversamml. abends 8 Uhr.

Die Bibelstunde fällt aus. Am Freitag Abend 8 Uhr Frauenabend.

Methodistengemeinde.

Sonntag, 19. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, Predigtgottesdienst, (Evangelist G. Fischer-Zweibrücken vormittags 1/2 11 u. Sonntagsschule.

Abends 7 1/2 Uhr Evangelisationsversammlung (G. Fischer spricht zum letztenmal.)

Mittwoch, den 22. Februar nachm. im Gemeindehaus: Vortrag für Eltern über: Das fragende Kind. Abds. ebendaseibst Versammlung nur für Männer; Thema: „Heraus aus dem Sumpf“ In der Kapelle keine Bibelstunde.

FRITZ BÜHLER JR., ALTENSTEIG

Fernsprecher 5 Firma C. W. Lutz Nachfolger Poststraße

Kaufhaus für Kolonialwaren, Sämereien und Landesprodukte

Cigarren / Cigaretten / Tabake

Kinderspiel- und Korbwaren / Glas / Porzellan Steingut / Steinzeug und Congeschirr

Spezialität: Hotel- und Wirtschaftsgeschirr / Korbmöbel

Für Fastnacht: Sü-Ma-(Margarine), Palmbutter, Schweineschmalz

Mischobst, Aprikosen, Dampfläpfel, Zwetschgen, Flaschenweine



An die Wähler von Grömbach!

Bedenkliche Wahlumtriebe werden von einer Gruppe hiesiger Bürger gemacht, die überaus eifrig bemüht sind, den Wählern vorzumachen, daß nur ihre Kandidaten die meiste Stimmenzahl auf sich vereinen könnten.

Glaubet nicht!

Diese Bürger möchten einen Ortsvorsteher von ihren Gnaden schaffen, sicher nicht zum Vorteil der Gemeinde. Es ist Ehrenpflicht der Wähler, alle Sonderinteressen bei Seite zu stellen und nach Pflicht und Gewissen sich zu entscheiden für den Kandidaten, der die meiste Gewähr bietet für sein unabhängiges und unbeeinflusstes Wirken zum Wohl der Gemeinde. Wir schlagen daher vor, vereint eure Stimmen auf den Kandidaten

Christian Walz jr.

Viele Wähler.

Ebhausen.

Jeder Familie ein Eigenheim Vortrag

am Sonntag, den 19. Februar 1928, nachmittags 3 Uhr im Gasthaus zum „Waldhorn“ über:

Das Wert der Gemeinschaft der Freunde in Wästenrot wozu jedermann freundlichst eingeladen wird. Eintritt frei.

Wer verhindert ist, den Vortrag zu besuchen, schreibe um Unterlagen an die Kassenkassette der Gemeinschaft der Freunde in Wästenrot.

Auf allgemeinen Wunsch lege ich meine

Sprechzeit von 12³⁰-14³⁰

zumal ich vorläufig zur

kassenärztlichen Tätigkeit

zugelassen bin

Dr. med. K. O. Polster
Altensteig.

Böfingen.

Bringe am Montag, den 20. Februar nachmittags 1 Uhr bei meinem Hause

zirka 10 Fstm. Schindelholz zum Verkauf, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Georg Wurster.

Versäumen

Sie nicht am Samstag, den 18. Febr., nachm. 3 Uhr und Sonntag, von 11 Uhr an die Radio-Au-stellung im Gasthof zur „Traube“ in Nagold, zu besuchen. Es ist jedermann Gelegenheit gegeben, verschiedene Fabrikate, vom 11. in den bis zum größten Radio-Empfänger zu hören.

Eintritt und Vorführung kostenlos.

Ebhausen

Heute und morgen



Mekelsuppe

Es laßt höfl. ein

H. Schill
z. Waldhorn

Fritz Luz

Liese Luz

geb. Grüner

beehren sich ihre Vermählung anzuzeigen.

Altensteig, den 18. Februar 1928

Vergesst nicht!

Samstag Abend 8 Uhr und Sonntag Abend 7 1/2 Uhr und morgens 9 1/2 Uhr spricht in der Kapelle hier Evangelist G. Fischer, Zweibrücken Jedermann freundlichst eingeladen!

Altensteig, den 17. Februar 1928.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben, treubeforgten Vatten, unsern guten Vater

Heinrich Schuster

Schreiner

im Alter von beinahe 41 Jahren in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefem Leid:

Marie Schuster mit Kind Gertrud.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 2 Uhr auf dem Waldfriedhof statt.

Altensteig

Vorhang-Stangen

in Holz und Messing, von A. 3.25 ab Vorhang-Galerien fertig und in Stäben Kallostangen mit Feder Klöben, Quasten, Schüre, Ringe, Stangen Stängchen

für Zupvorhänge, Stores, Scheidenvorhänge Gardinen und Spiegelfassetten Kleiderhaken, Lose und auf Brett, Kleiderbügel Drahtstifte in Sortimentskästen für den Hausgebrauch zusammengestellt, empfiehlt Karl Henzler senior, Eisenwarenhandlung an der alten Straße

Breitenberg.

Am Sonntag, 19. Februar

Tanzunterhaltung

wozu freundlichst einladet

Matth. Bürkle z. Hirsch



Morgen Sonntag

Metzelsuppe

bei gutem Stoff

wozu höflichst einladet

Steeb zum „Döfen“, Spielberg.

